

Die Preise müssen runter!

Was wir gegen die Preissteigerungen unternehmen können.

Wir alle merken es an der Supermarktkasse oder bei den Miet-Nebenkosten: Die Preise steigen unaufhaltsam. Es bleibt immer weniger oder auch gar kein Geld mehr am Ende des Monats übrig. Wir müssen schauen, wo wir sparen können. Viele fürchten die kommenden hohen Heizkostennachzahlungen. Unsere Löhne steigen dagegen kaum oder gar nicht. Die Regierung hat einige sogenannte „Entlastungspakete“ beschlossen – diese gleichen unsere Verluste aber nicht annähernd aus und sind aktuell nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Gleichzeitig fahren viele große Konzerne hohe Gewinne ein. In der Krise werden die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer.

Wir sind der Meinung, dass wir gegen diese Entwicklung etwas tun können!

Kurzfristig: Massendemonstrationen

Demonstrationen und Kundgebungen in vielen deutschen Städten können Druck auf die Regierung ausüben. Für die militärische Aufrüstung waren sehr schnell 100 Milliarden Euro da. Das Geld für einen echten „Inflationsausgleich“ ist also vorhanden. Es ist eine politische Frage wie es verteilt wird. Kurzfristig müssen so viele Menschen wie nur möglich gegen die aktuelle Politik der Regierung protestieren. ***Es kommt hier auf große Zahlen an – jeder Teilnehmer und jede Teilnehmerin zählt!***

Mittelfristig: (gewerkschaftliche) Organisierung

Dass unsere Löhne nicht steigen ist kein Schicksal, sondern hat damit zu tun, dass zu wenige von uns Mitglied in einer Gewerkschaft sind. Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter/innen können in ihren Betrieben für höhere Löhne kämpfen. Um damit Erfolgreich zu sein, müssen aber sehr viele Kolleg/innen Mitglied einer Gewerkschaft sein.

Und auch abseits des Arbeitsplatzes gibt es Möglichkeiten sich zu organisieren: Sei es beim Thema „Wohnen“ in Mietervereinen oder Mieter-Initiativen, in Arbeitslosen-Initiativen, in Studenten- und Schülergruppen, in feministischen¹, ökologischen² oder anti-rassistischen Gruppierungen.

Um Regierung, Arbeitgeber oder Vermieter zu realen Zugeständnissen (mehr soziale Hilfen / mehr Lohn / Verzicht auf Mieterhöhungen) zu zwingen, müssen wir durchsetzungsstarke, demokratische Organisationen mit vielen Mitgliedern schaffen!

- (1) Gruppen die sich für die Rechte von Frauen und/oder Schwulen/Lesben und Trans-Personen einsetzen.
- (2) Gruppen die sich für Umweltschutz und gegen die menschengemachte Klimaerwärmung einsetzen.

Langfristig: eine andere Gesellschaft

Wir glauben, dass die aktuellen Preissteigerungen mit unserem derzeitigen Wirtschaftssystem (dem Kapitalismus) und unserem derzeitigen politischen System zu tun haben. Langfristig streben wir eine gerechtere und demokratischere Gesellschaft an, in der es keine Armut mehr gibt und in der alle Menschen über die sie betreffende Dinge mitentscheiden dürfen.³

Auch wenn du unsere langfristigen Ziele nicht unterstützt, glauben wir, dass es trotzdem nötig und in unser aller Interesse ist, gemeinsam mit vielen Menschen gegen die aktuelle Politik der Regierung zu demonstrieren. Also schließe dich den Protestaktionen an!

Aktuelle Informationen zu den Sozialprotesten findest du auf:

Telegram: t.me/Preise_runter_FR

Instagram: [@preiserunter_fr](https://www.instagram.com/preiserunter_fr)

Twitter: [@preiserunterfr](https://twitter.com/preiserunterfr)

Webseite: freiburg.preise-runter.org



(3) Diese Gesellschaft nennen wir „Freiheitlichen Sozialismus“. Sie hat nichts mit den autoritären kommunistischen Staaten wie der DDR, der Sowjetunion oder Kuba zu tun. Anhänger des freiheitlichen Sozialismus wurden für ihre Ideen in den kommunistischen Staaten verfolgt und ermordet.

Gewerkschaftliche Beratung der FAU Freiburg

Gekündigt? Lohn nicht erhalten? Keine Lohnfortzahlung bei Krankheit erhalten? ... Dann komm zu unserer Sprechstunde!

Jeden **1. Montag im Monat um 20:00 Uhr** im Büro für grenzenlose Solidarität (auf dem Grether Gelände, Adlerstraße 12) oder via Telefon nach vorheriger E-Mail Anfrage (faufr-beratung@fau.org).

Friede mit Putin?

Nach Russlands Angriff auf die Ukraine kam es durch Sanktionen und blockierten Handelswegen zu Lieferengpässen. Allerdings haben Terminbörsen schon ab dem 24. Februar auf den kommenden Mangel spekuliert und einzelne Kapitalfraktionen haben mit der künstlichen Verknappung (ein gängiges Mittel für einen Extragewinn) die Preise in die Höhe schnellen lassen. Hinsichtlich dieses Zusammenspiels, sind die von Links wie von Rechts kommenden Rufe nach einem Frieden mit Putin und einem Zurück zu Deutschlands fossiler Politik (Gas aus Russland), abzulehnen. Nicht die Unterstützung des russischen autoritären Systems und seines Angriffskrieges, sondern eine Umverteilung von Oben nach Unten müssen das Ziel der Sozialproteste sein.